



**Städtische Kooperationen mit  
Migrations-Netzwerken**  
Chancen für Entwicklung, Frieden und  
Integrationspolitik

**Berliner Sommerdialog 2010**  
2.–3. September 2010, Berliner Rathaus



# Einleitung

Migrantinnen und Migranten sind häufig sehr gut mit ihren Herkunftsländern vernetzt und verfügen über spezifische und möglicherweise sogar exklusive Kenntnisse der dortigen Situation. Zugleich sind Diaspora-Gemeinschaften in den Aufnahmeländern vor allem lokal verwurzelt, so dass sich insbesondere der städtische Raum als struktureller Bezugsrahmen ihres Handelns anbietet. Betrachtet man auf der anderen Seite den wachsenden regional- und globalpolitischen Mitgestaltungsanspruch von Städten, so ergeben sich zwei Fragestellungen: welchen positiven Beitrag städtische Kooperationen mit Migrations-Netzwerken leisten könnten und welcher Strukturen es hierzu bedarf.

Über diese Fragen diskutierten am 2. und 3. September 2010 Wissenschaftler, Vertreter von Migranten-Organisationen, Städtevertreter und entwicklungspolitische Akteure im Berliner Rathaus. Veranstaltet wurde der Berliner Sommerdialog 2010 von der Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) und der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) in Kooperation mit dem Beirat Entwicklungszusammenarbeit und der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen der Stadt Berlin, dem Deutschen Städtetag, Berlin/Köln, und der Society for International Development (SID), Berlin Chapter.

## Inhalt

### **Städte im Global-Governance-System**

Welche Rolle für Migrations-Netzwerke? ..... 4

### **Kommunale Entwicklungspolitik**

Welches Potenzial bieten Migrations-Netzwerke? ..... 7

### **Friedenskonsolidierung und Aufbau lokaler Governance-Strukturen**

Neues Kooperationsfeld für Städte und Migrations-Netzwerke? ..... 11

### **Nationale und internationale Migrations- und Integrationspolitik**

Welche Rolle für Kommunen und ihre Migrationsbevölkerung? ..... 14

### **Wege zu einer strukturierten Zusammenarbeit mit Migrations-Netzwerken bei den internationalen Aktivitäten von Städten**

..... 17

**Resumée und Politischer Ausblick** ..... 19

## Städte im Global-Governance-System Welche Rolle für Migrations-Netzwerke?

Die Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen des Landes Berlin, **Almuth Nehring-Venus**, die darüber hinaus auch Mitglied im Kuratorium der Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) ist, hieß die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Berliner Sommerdialogs im Roten Rathaus willkommen. Nehring-Venus rekurrierte auf den Migrationsdiskurs der letzten Jahre, der zu einem Paradigmenwechsel geführt habe: Migranten würden nicht mehr als defizitäre Wesen wahrgenommen. Der Blick richte sich vermehrt auf ihre spezifischen Potenziale, wobei Nehring-Venus die Hoffnung äußerte, dass sich diese Wahrnehmung trotz einer aktuell wieder polemisiert geführten Debatte durchsetze, denn Interkulturalität sei ein Gewinn für alle Seiten. Für die Zukunft komme es aber auch darauf an, neue Arten der Zusammenarbeit mit Migrantinnen und Migranten in den Städten zu finden. Hierzu verwies Nehring-Venus auf das künftige Berliner Partizipations- und Integrationsgesetz.



Almuth Nehring-Venus

Von der Veranstaltung erhoffte sich Nehring-Venus neue Ideen, wie diese Art der Politikkooperation aussehen und wie sie in den Städten auch umgesetzt werden kann. In den Migrations-Netzwerken verortete Nehring-Venus eine Menge Potenzial – sowohl für die städtische Entwicklung als auch für die Entwicklung in den Herkunftsländern.

### Migranten als Kommunikatoren der globalen Zusammenarbeit

**Klaus Brückner**, Leiter der GTZ-Repräsentanz in Berlin und Mitglied im Kuratorium der Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF), verwies in seiner Begrüßung auf eine Fragestellung, die in der aktuellen Debatte um die Integrationspotenziale von Städten untergehe:



Klaus Brückner

Welche konstruktive Kraft stellen Städte für die Entwicklungszusammenarbeit dar? Städte sollten sich, so Brückner, mit Blick auf ihre vielfältige Bevölkerung nicht nur auf zweifelsohne notwendige Integrationsziele konzentrieren, sondern zugleich auch auf lokal vorhandene Potenziale für die Entwicklungszusammenarbeit schauen. Brückner führte an, dass die 11 Milliarden Dollar Rücküberweisungen aus Migrations-Netzwerken die deutsche Entwicklungshilfe zahlenmäßig um eine Milliarde übersteige, machte aber zugleich deutlich, dass sich der entwicklungspolitische Wert dieser Netzwerke nicht allein darin erschöpfe. Migranten und ihre schätzungsweise 3.500 Organisationen seien außerdem wichtige Kommunikatoren in der globalen Zusammenarbeit und nähmen hierdurch eine wesentliche Brückenfunktion wahr. Auch für die GTZ seien Migrations-Netzwerke ein wichtiger Kooperationspartner, gerade auf kommunaler Ebene sei eine solche Form der Zusammenarbeit sehr sinnvoll. Daher erhoffte sich Brückner vom Berliner Sommerdialog 2010 wertvolle neue Ideen, wie solch lokale Kooperationsformen weiter ausgebaut werden könnten.

### Städte als „Macher“ im Global-Governance-System

Als erste Eröffnungsrednerin erläuterte Prof. Dr. Dr. h.c. **Saskia Sassen**, Robert S. Lynd Professorin für Soziologie an der Columbia University in New York, die Bedeutung von Einwanderern und Städten aus einer Global-Governance-Perspektive. Während es sich die nationalen Politiker, die den Dialog auf internationaler Ebene führen, leisten könnten, Dinge über Jahre lediglich zu diskutieren („talk“), seien die Städte gezwungen, schnell Lösungen zu finden und zu handeln („act“). Denn viele Herausforderungen von Global Governance würden sich in den Städten konkretisieren, ohne dass die Städte bisher Teil des internationalen Dialogs seien.

Der Begriff „Immigrant“ sei nach wie vor nicht durchgehend posi-

tiv besetzt und es gebe Städte, die Migranten vor allem als Problem betrachteten. Diese defizitäre Perspektive und die daraus resultierende Politik führten jedoch zur Abnahme der internationalen Wettbewerbsfähigkeit einer Stadt. Schließlich seien Migranten ein wichtiger strategischer Akteur für die Positionierung der Städte im globalen Wettbewerb, so Sassen. Ungeachtet früherer Debatten nähme die Bedeutung der Nationalstaaten in der Globalisierung ab, während Städte eine Reihe transversaler globaler Netzwerke aufgebaut hätten.

Indes, so gab Sassen zu bedenken, fehle es an geeigneten Analysemodellen, um diese neue Komplexität greifbar und analysierbar zu machen.



Saskia Sassen

Das Babuschka-Modell, in dem verschiedene Handlungseinheiten mehr oder weniger klar voneinander getrennt existierten, sei zur Abbildung dieser wachsenden Querverbindungen („transversalities“) immer weniger geeignet. Gerade auch Migrations-Netzwerke seien in diesem System zunehmender Vernetzung wichtige Akteure und Ideengeber in einer Vielzahl

von Bereichen. Beispielhaft nannte sie die Anpassung von Technologie auf die Situation in den Entwicklungsländern, die Etablierung von Kleinkrediten als Instrument der Entwicklungshilfe oder die „urban craftsmen“ in Metropolen wie New York, ohne die es keinen exzellenten Kulturbetrieb gäbe. Am Beispiel New Yorks werde zudem auch deutlich, dass die durch den Neoliberalismus entstandenen Lücken im Allgemeinwesen durch Ideen und Taten von Migranten gefüllt werden könnten, z.B. bei der Etablierung neuer lokaler Governance-Formen. Voraussetzung sei jedoch, so Sassen, dass die „versteckten“ Geschichten („hidden histories“) der Einwanderer in den Städten stärker Beachtung fänden und sich städtische Akteure insgesamt ihrer Rolle als „Macher“ („maker“) zuwendeten. Sassen zeigte sich hierbei gespannt, welche Symbiosen es zwischen globalisierten Städten und den dort lebenden Migranten in Zukunft geben werde.

### Zukunft der Weltgesellschaft wird in den Städten entschieden

Der Oberbürgermeister der Stadt Köln, **Jürgen Roters**, erweiterte die Ausführungen Saskia Sassens um vielfältige Beispiele aus seiner täglichen Arbeit und seinen daraus resultierenden Erfahrungen. Roters mäßigte zunächst die Erwartungen, die man an Städte in Bezug auf die Gestaltung internationaler Politik herantrage. Internationale Politik könne durch Städte nur punktuell gestaltet werden, dies aber durchaus effektiv. Schließlich



Jürgen Roters

gäbe es eine „Renaissance der Großstädte“ und bereits im Jahr 2015 würden drei Viertel der Menschen in Städten wohnen. Hieraus könne man eine durchaus selbstbewusste Haltung der Städte ableiten, die Zukunft der Weltgesellschaft aktiv mitzugestalten, beispielsweise bei Themen wie Umweltschutz, Integration und der Bewältigung des demographischen Wandels. Ein Vorteil städtischer Governance sei zweifelsohne, dass kommunale Vertreter „nah am Bürger seien“. Folgerichtig entwarf Roters das Modell einer demokratischen, lokalen Gesellschaft, die Antworten darauf finden müsse, wie der abnehmenden Bereitschaft vieler Menschen, sich politisch und gesellschaftlich zu beteiligen, entgegengewirkt werden könne. In der Stadt Köln, so Roters, lebten Menschen aus 180 Nationen miteinander, der Migrantenanteil gerechnet auf die Gesamtbevölkerung betrage ungefähr 30%, in den jüngeren Altersgruppen sei dieser Anteil noch wesentlich höher. Die Idee, dass man schon heute international denken müsse, ergebe sich auch aus dieser bereichernden Vielfalt vor Ort und manifestiere sich u.a. in 21 Städtepartnerschaften, die die Stadt Köln pflege. Als weiteres Handlungsfeld in der internationalen Kooperation, in dem Städte einen wichtigen Beitrag leisten könnten, nannte Roters die Beteiligung bei der Gestaltung globalisierter Friedensprozesse. Die Stadt Köln pflege bereits seit 1979 Städtepartnerschaften mit Tel Aviv und Bethlehem und veranstalte in diesem

Zusammenhang auf ganz unterschiedlicher Ebene auch trinationale Treffen u.a. in Form von Schüleraustauschprogrammen, Sportveranstaltungen oder ein für nächstes Jahr anstehendes Bürgermeistertreffen mit Vertretern aus arabischen Städten sowie aus Palästina und Israel. Ziel dieser Zusammenkünfte sei es, neue Formen städtischer Zusammenarbeit zu etablieren, die auch „eine kleine Form von Diplomatie“ erforderten. Der Kölner Oberbürgermeister stellte die Bedeutung der Kölner Partnerschaftsvereine bei diesen Aktivitäten heraus. Die in Köln lebenden Bürger aus Israel und Palästina seien als Ratgeber sehr wichtig.

### **Integrationspolitik als Chefsache**

In Hinblick auf das städtische Zusammenleben machte Roters deutlich, dass ein Klima der Offenheit notwendig sei, in dem es „Platz für das Neue“ geben müsse. Roters verwies auch auf die positiven Erfahrungen mittelständischer Betriebe mit Mehrsprachigkeit. Im Bereich ausländischer Wirtschaftsbeziehungen sei das Beherrschen mehrerer Sprachen durch die Mitarbeiter eine wichtige Ressource. Integrationspolitik sei zwar eine Querschnittsaufgabe, stelle aber eine durchaus lohnende Aufgabe dar, diese als Bür-

germeister zur Chefsache zu machen.

In der abschließenden Diskussion interessierte vor allem die Frage, wie die von Saskia Sassen angesprochene „Lücke“ zwischen nationalstaatlichem Rahmen und städtischem Handeln sinnvoll geschlossen werden kann. Sassen schätzte die Chancen zur Schaffung einer besseren Interaktion der Governance-Ebenen als schwierig ein: Städte spielten zwar beim Entstehen von „new norms“ eine wichtige Rolle, allerdings zeige sich auch, dass Städtevertreter, wenn sie in die nationale Politik wechselten, häufig deutlich kritischer gegenüber Integrationsthemen seien als zuvor. Hieraus ergebe sich die Notwendigkeit, Einwanderer stärker als bisher mitbestimmen zu lassen, allerdings sei die Ausgangslage diesbezüglich wegen der wirtschaftlich angespannten Situation als eher schwierig einzuschätzen. Jürgen Roters stellte hierzu fest, dass nicht nur in Bezug auf das Thema Migration ein langer Atem der Städtevertreter notwendig sei, und verglich das zunehmende Gewicht der städtischen Stimmen mit dem Bedeutungszuwachs, den Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in den letzten 20 Jahren erfahren hätten. Auf EU-Ebene hätten große Städte als Ansprechpartner bereits deutlich mehr Gewicht als früher.



Jürgen Roters, Klaus Brückner und Saskia Sassen (v.l.n.r.)

## Kommunale Entwicklungspolitik Welches Potenzial bieten Migrations-Netzwerke?

*Im Mittelpunkt der ersten Diskussionsrunde des Berliner Sommerdialogs 2010 standen die Aktivitäten und damit verbundenen Potenziale der zahlreichen Migrations-Netzwerke im Hinblick auf die kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Dabei interessierte sowohl die Rolle der Kommunen bei der Förderung von wirtschafts- und entwicklungspolitischen Aktivitäten, also auch die Frage, wie Migrantinnen und Migranten für den Bereich der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit qualifiziert werden können. Außerdem sollte erörtert werden, wie es gelingen kann, lokal ansässige Unternehmen auf das Potenzial von Migrantinnen und Migranten für ihr Auslandsengagement aufmerksam zu machen.*

In ihrer Einführung stellte **Regina Bauerochse Barbosa**, Leiterin des Sektorvorhabens Migration und Entwicklung in der Abteilung Wirtschaft und Beschäftigung bei der GTZ, die Frage, wie eine erfolgreiche Zusammenarbeit insbesondere mit Migranten-Organisationen auf lokaler Ebene gestaltet werden kann. Bauerochse Barbosa warf zudem die Frage auf, ob es möglicherweise zwischen entwicklungspolitischem Engagement und Migration einen Widerspruch gebe und wie dieser aufgelöst werden könne.



Regina Bauerochse-Barbosa

### Unterschiedliche Akteure der Entwicklungszusammenarbeit zusammenbringen

Als Impulsreferentin schilderte **Renate Hechenberger**, Leiterin der Stelle für internationale Angelegenheiten der Stadt München, ihre Erfahrungen aus der lokalen entwicklungspolitischen Arbeit und dem Pilotprojekt „Zusammenarbeit mit Diasporen“. Die Stadt München ist hierbei eine von fünf Städten/Kreisen, die zusammen mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH ein Pilotprojekt zur Stärkung



Renate Hechenberger

der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit durchführen. Abgesehen von einigen afrikanischen Vereinen seien in München bisher nur wenige Migranten-Organisationen in der

Entwicklungszusammenarbeit engagiert. Oft gebe es von Seiten der professionellen Hilfsorganisationen Zweifel an den Kompetenzen der Migranten, aber auch vielfältiges Interesse an neuen Kooperationsformen. Wie Hechenberger berichtete, haben engagierte Migranten durchaus Interesse daran, ihre entwicklungspolitischen Kenntnisse ebenso wie den Dialog mit der Stadtverwaltung zu vertiefen. Dementsprechend sei es das Ziel der Stadtverwaltung, die Akteure der Entwicklungszusammenarbeit zusammenzubringen und gegebenenfalls zu qualifizieren. Als Beispiel nannte Hechenberger Starthilfeprojekte für Migranten-Selbstorganisationen und Fortbildungsveranstaltungen für Migranten in den Bereichen Pädagogik und Didaktik. Ziel sei es, einen intensiven Austausch der kommunalen Akteure zu gewährleisten, der auch dazu führe, dass einheitliche Qualitätsstandards in der Entwicklungszusammenarbeit etabliert werden können. Außerdem schlug Hechenberger vor, dass Kommunen bereits bei der Auswahl von Städtepartnerschaften Migranten aus dem entsprechenden Land involvieren, da auf diese Weise ein vielfältiger Mehrwert für die Kooperationen entstehe.

### Integration und Entwicklungspolitik zusammendenken

Im Anschluss an das Impulsreferat von Renate Hechenberger berichtete **Rolf Graser**, Geschäftsführer des Forums der Kulturen Stuttgart e.V. (städtisches Interkulturbüro und Dachverband der Stuttgarter Migrantenvereine), über das dortige Engagement von Migranten-Selbstorganisationen für ihre Herkunftsländer. Nach Grasers Einschätzung hätten viele der lokalen Migranten-Netzwerke in Stuttgart ein Interesse an Aspekten der Entwicklungszusammenarbeit, was möglicherweise auch daran liege, dass

man hierfür eine eigene Anlaufstelle geschaffen habe, die inzwischen von 40-50 Organisationen konsultiert werde. Auch Graser konstatierte, dass zu sonstigen Akteuren der Entwicklungshilfe bisher kaum Kontakte bestehen, weder zu professionellen Hilfsorganisationen noch



Rolf Graser

zu Eine-Welt-Gruppen; offenbar sei diese Vernetzung ein schwieriger Prozess. Als einen Hauptgrund für dieses „Nebeneinander“ benannte Graser das fehlende Wissen über das Engagement und Know-how der Migrations-Netzwerke. Darüber hinaus gebe es möglicherweise auch Vorurteile und unterschiedliche Wertvorstellungen,

was für das Herkunftsland „das Richtige“ sei. Trotzdem bezeichnete Graser einen intensivierte Austausch als zukünftig lohnenswerte Aufgabe, wandte sich jedoch gegen ein rein utilitaristisches Denken in Bezug auf die Einbindung von Migrations-Netzwerken: Neben dem Nutzenaspekt solle auch der Teilhabeaspekt berücksichtigt werden. Dies ergebe sich schon aus der Notwendigkeit, dass man Integration und Entwicklungspolitik stets zusammendenken müsse, da man Migranten sonst auf ihre Herkunftsländer reduziere. Migrations-Netzwerke seien ohnehin keine reinen Organisationen für Entwicklungspolitik, sondern setzten sich besonders mit integrationspolitischen Fragestellungen wie Bildung oder Kultur auseinander; insofern könne man den Bereich Integration aus der Diskussion nicht ausklammern.

### „Wir wollen uns engagieren“

Der Vorsitzende des Cameroon Diaspora Network Germany, **Christian Kouam**, berichtete über das Engagement des in Wolfsburg ansässigen Dachverbandes kamerunischer Vereine für ihr Herkunftsland. Kouam betonte zunächst, dass das Cameroon Diaspora Network keine professionelle Organisation sei, sondern vielmehr einen Beitrag leisten wolle, um die staatliche und nichtstaatliche Entwicklungshilfe

möglichst effektiv zu gestalten. Anhand mehrerer Beispiele illustrierte Kouam das vielfältige Engagement seiner Organisation: So soll z.B. mithilfe einer Kompetenzplattform im Projekt eHealth die Gesundheitsversorgung in Kamerun verbessert werden und den in Deutschland lebenden kamerunischen Ärzten die Möglichkeit gegeben werden, sich mit ihren Kollegen im Herkunftsland auszutauschen. Verwundert zeigte sich Kouam darüber, dass es zwar immerhin 18.000 Menschen aus Kamerun in Deutschland gebe, sie aber von staatlicher Seite kaum Beachtung erführen oder bei bilateralen Kontakten bzw. wirtschaftlichen Aktivitäten als Experten konsultiert würden. Als Beispiel nannte er die fehlende Investitionsbereitschaft deutscher Unternehmen in Kamerun, weshalb das Cameroon Diaspora Network in diesem Jahr deutsch-kamerunische Wirtschaftstage in Kamerun veranstalten werde. Kouam machte deutlich, dass es eine hohe Einsatzbereitschaft der kamerunischen Diaspora in Deutschland gebe: „Wir sind da, wir wollen uns engagieren“. Hierzu sei aber auch eine größere Wahrnehmung der entwicklungspolitischen Akteure vonnöten.

Es gebe, so Kouam, aus seiner Sicht auch keinen Widerspruch zwischen Integration in Deutschland und starkem Engagement für das Herkunftsland. Schließlich seien die in Deutschland lebenden Kameruner sehr gut integriert. Entscheidend sei, dass sie sich zum Ziel gesetzt hätten, dass es auch den Menschen in Kamerun gut gehe. Auf Nachfrage von Regina Bauer-ochse Barbosa, was Kommunen für das Diaspora Network tun könnten, betonte Kouam, dass viele kleine Verbesserungen schnell realisierbar seien, z.B. wenn es darum ginge, Partnerabkommen für Win-Win-Situationen herzustellen, bei denen Migranten-Organisationen ihr vorhandenes Expertenwissen zur Verfügung stellen könnten. Sie seien z.B. in der Lage, Partnerschaften mit Kommunen aufzubauen und weiterzuentwickeln.



Christian Kouam



## Entwicklungspolitische Akteure ergänzen sich

Dr. **Stefan Wilhelmy**, Projektleiter der Service-stelle Kommunen in der Einen Welt, Internationale Weiterbildung und Entwicklung (InWEnt), Bonn, komplettierte die erste Gesprächsrunde. In seinen Ausführungen legte er Wert auf die Feststellung, dass die im entwicklungspolitischen Setting aktiven Akteure wie Migrantenselbstorganisationen, Eine-Welt-Gruppen, Hilfsorganisationen und Staaten möglicherweise auf ganz unterschiedlichen Ebenen erfolgreich arbeiteten. Es



Stefan Wilhelmy

komme darauf an, dass sie sich über ihre Arbeit austauschten und so voneinander profitierten, so Wilhelmy. Wie auch Renate Hechenberger bezeichnete Wilhelmy Qualifizierungsprogramme für Migranten-Organisationen als sinnvoll, beispielsweise wenn es darum gehe, Förderanträge zu stellen. Als originäre Aufgabe von lokalen Migrations-Netzwerken sah er allerdings die Unterstützung von kommunalen Partnerschaften. Ein funktionierendes Beispiel sei die Partnerschaft zwischen der Stadt Bonn und der ghanaischen Stadt Cape Coast, wo Bonner Ghanaer sehr aktiv mitarbeiteten.

In der abschließenden Diskussion übte **Barbara Wirth-Bauer**, Geschäftsführerin des ICON-Institute Köln, zunächst Kritik an der ihrer Ansicht nach unzulässigen Vermischung von Problemfeldern. Integrationspolitik solle nicht mit entwicklungspolitischen Aspekten überfrachtet werden, zudem seien manche Bereiche schlichtweg eindeutig sozial- und nicht migrationspolitisch. **Rolf Graser** stimmte ihr insoweit zu, dass man verschiedene Dinge zwar nicht vermischen solle, betonte jedoch, dass man sie dennoch zusammendenken müsse, hierin bestehe die Herausforderung für die zukünftige Arbeit. Generell gelte, dass das entwicklungspolitische Engagement von Migranten einen hohen Mehrwert habe, das sie vor Ort Leistungen erbringen könnten, die kein anderer Akteur leisten könne. Auch seien es nicht nur hochqualifizierte Migranten, die einen Beitrag

leisten. Als Beispiel führte er den Aufbau einer Brotfabrik für Frauen in einem ostanatolischen Dorf an, zu dem auch finanziell schlechter gestellte Migranten etwa durch ihre spezifische Expertise beigetragen haben.

## Engagement für die Heimat vs. Integration?

**Regina Bauerochse Barbosa** spitzte die Frage dahingehend zu, ob sich ein Engagement von Migranten für ihr Heimatland negativ auf die Integration vor Ort auswirken könne. **Christian Koam** konnte dieser These nicht zustimmen, im Gegenteil: die engagierten Kameruner seien sehr gut integriert, viele seien im Besitz eines deutschen Passes. **Renate Hechenberger** warnte ihrerseits davor, entwicklungspolitisches Engagement als integrationspolitische Maßnahmen zu betrachten. Ersteres habe vielmehr die Aufgabe, „die Welt zu verbessern“. **Saliou Gueye**, Integrationsbeauftragter der Stadt Ludwigsburg, wies daraufhin, dass Entwicklungspolitik andererseits viel mit Migrationspolitik zu tun habe. Denn es sei die Perspektivlosigkeit im eigenen Land, die zu Migration führt. Hier hätten Migranten die wichtige Aufgabe, in ihren Heimatländern glaubwürdig über das Leben in der neuen Heimat aufzuklären. Das sei nicht einfach: Wenn er in sein Heimatland komme und seinen Freunden sage, „bleibt besser hier“, würden diese antworten, er solle doch erst einmal zurückkommen. Mit Blick auf die Zusammenarbeit mit etablierten Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit wies Gueye auf eine psychologische Sperre hin. „Ein schwarzer Entwicklungshelfer – wird er vor Ort akzeptiert werden?“, sei eine immer noch häufige Reaktion.

Dr. **Birgit Glorius** von der Stabsstelle Lernen vor Ort in Leipzig fragte nach der Bedeutung der politischen Verhältnisse in den Heimatländern für ein entwicklungspolitisches Engagement von Migranten. Die Frage, wie stehe ich zur Regierung, sei stets da, so **Rolf Graser**, und sie verhindere bestimmte Aktivitäten. **Christian Kouam** ergänzte, dass sein Dachverband konkrete Projekte für die Menschen umsetze und auf politische Festlegungen verzichte; dies werde von allen Kamerunern in Deutschland unabhängig von ihren politischen Präferenzen akzeptiert.

## Finanzierung und Engagement der Wirtschaft

Als weiteres Problem machte **Rolf Graser** aus, dass leider keine verlässliche Förderrichtlinie an der Schnittstelle von Migrations-Netzwerken und Entwicklungszusammenarbeit existiere. Auch fehle das Geld für die Etablierung von Migrations-Netzwerken, weshalb es kaum welche gebe. **Stefan Wilhelmy** ergänzte, dass auch die kommunale Entwicklungszusammenarbeit und die Städtepartnerschaften stark unterfinanziert seien. Darüber hinaus gebe es nur wenige Partnerschaften mit Städten in Entwicklungsländern. **Tom De Bruyn** vom Forschungsinstitut für Arbeit und Gesellschaft (HIVA) an der Katholische Universität Leuven wies darauf hin, dass in Belgien die regionale und die nationale Regierung entwicklungspolitisches Engagement von Gemeinden finanzieren würde. Zudem gebe es auch Unterstützung für NGOs einschließlich Migranten-Organisationen. Ein EZ-Budget für Gemeinden stehe auf der Wunschliste des Deutschen Städtetags, erwiderte **Renate Hechenberger**. Dies würde sich aber nicht einfach gestalten, auch weil diese Mittel letztlich über die Landesebene an die Kommunen verteilt werden müssten.

**Regina Bauerochse Barbosa** wies auf eine InWEnt-Studie zur Nutzung von Potenzialen von Migranten durch Unternehmen in Nordrhein-

Westfalen hin. Ein Ergebnis sei, dass Studierende aus Entwicklungsländern als Broker für Unternehmen dienen könnten. Diesen Punkt unterstützte **Christian Kouam** sehr entschieden. Sein Netzwerk würde Unternehmen ihre Kontakte anbieten; bislang sei aber kein einziges deutsches Unternehmen in Kamerun aktiv geworden. Auch **Renate Hechenberger** sah in der Zusammenarbeit mit Unternehmen bislang ungenutztes Potenzial. In München sei ein erster Versuch wenig erfolgreich gewesen; dennoch erscheine ihr die wirtschaftliche Schiene weiterhin interessant.

Ihr Fazit der ersten Diskussionsrunde fasste **Regina Bauerochse Barbosa** in Hypothesen zusammen: Das entwicklungspolitische Engagement von Kommunen sei stärker als man denkt – und es gebe auch eine Verpflichtung dazu. Auch wenn keine bundesweiten Migrations-Netzwerke existieren, so bestünden doch interessante Netzwerke. Die Verbindung von kommunaler Entwicklungszusammenarbeit und Migranten sei neu, die Potenziale jedoch offensichtlich. Unbeantwortet sei die Frage nach gangbaren Konzepten und angemessener Finanzierung. Der entwicklungspolitische Mehrwert, der durch neue Kooperationen entstehe, müsse stärker herausgestellt werden. Zudem sei es wichtig, dass die verschiedenen Akteure aufeinander zugehen und sich besser kennenlernen.



Stefan Wilhelmy, Christian Kouam, Regina Bauerochse Barbosa, Renate Hechenberger und Rolf Graser (v.l.n.r.)

## Friedenskonsolidierung und Aufbau lokaler Governance-Strukturen Neues Kooperationsfeld für Städte und Migrations-Netzwerke?

*Ist die Friedenskonsolidierung ein Handlungsfeld von Kommunen und Migrations-Netzwerken und wenn ja, welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit dies erfolgreich funktioniert? Dies war die Kernfrage der zweiten Diskussionsrunde des Berliner Sommerdialogs 2010, der von Prof. Dr. **Brigitte Fahrenhorst**, Vorsitzende der Society for International Development (SID), Berlin Chapter, sowie Vorsitzende des Beirats „Entwicklungszusammenarbeit“ bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen und Mitglied im Beirat der Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) moderiert wurde. Zur Diskussion stand auch der Einfluss von Kommunen aus konsolidierten Demokratien bei der Etablierung lokaler Governance-Strukturen in Krisenländern.*

Eine kritisch-differenzierte Diskussionsvorlage lieferte Dr. **Cindy Horst**, Wissenschaftliche Referentin am Peace Research Institute Oslo (PRIO). Die Kooperation mit Diaspora-Organisationen aus Konfliktregionen könne aus zwei Gründen problematisch sein: Ein Haupthindernis stelle



Cindy Horst

die schwer zu durchschauende Fragmentierung der Diaspora-Netzwerke dar, wie dies besonders anschaulich aus dem somalischen Beispiel bekannt sei, bei dem u.a. regionale, sozio-ökonomische und religiöse Motive sowie Clan-Verbindungen eine wichtige Rolle spielten. Hier liege ein großes Gefahrenpotenzial, weil Konflikte über

Ressourcen Konfliktlinien verschärfen könnten. Eine zweite Schwierigkeit bei der Friedenskonsolidierung insgesamt und auch in Bezug auf die Beteiligung von Diaspora-Netzwerken liege in der starken politischen Polarisierung eines Konflikts, wie sie in Sri Lanka zwischen tamilischen Organisationen und der Regierung zu beobachten sei. Diese Politisierung erschwere auch das Engagement von Hilfsorganisationen und lasse sich am besten umgehen durch die Konzentration auf ein konkretes Themenfeld wie z.B. Bildung oder Gesundheitsversorgung. Horst machte auch darauf aufmerksam, dass der Begriff des Peacebuilding in den Herkunftsländern und den Diasporen sehr stark politisch besetzt sei und dass es in manchen Fällen leichter sei, friedenskonsolidierende Maßnahmen durchzuführen, wenn man auf ebendiesen aufgeladenen Begriff verzichte. Ohnehin sei das Engagement von Migrations-Netzwerken häufig lokal oder regional ausgerichtet, dies gelte es wertzuschätzen und bei der Zusammenar-

beit zu berücksichtigen. Horst gab außerdem zu bedenken, dass sich professionelles und freiwilliges Engagement nicht ausschließen und es ausreichend Betätigungsfelder für beide gebe. Es sei sinnvoll, bei der Rekrutierung von Mitarbeitern und Beratern auf Experten aus den Diaspora-Netzwerken zurückzugreifen, im Gegenzug sollten jene jedoch auch Zugang zu finanzieller Unterstützung erhalten. Generell gelte, dass Aktivitäten von Migrations-Netzwerken nur unterstützt, nicht aber erzwungen werden können.

### „Diaspora can do things, but not alone“

Dr. **Awil Mohamoud**, Direktor des African Diaspora Policy Centre, Amsterdam, berichtete in seinem Beitrag vom Einfluss der afrikanischen Diaspora-Netzwerke in Europa auf Peacebuilding-Aktivitäten. Insgesamt ließe sich festhalten, dass europäische Diaspora-Gruppen sehr engagiert seien, was in einem gewissen Widerspruch zum nachlassenden europäischen Engagement in Afrika stehe, wo der Einfluss Chinas in der jüngeren Vergangenheit deutlich gestiegen sei. Als möglicher Rahmen zur Einbindung von Diaspora-Organisationen beim Peacebuilding und der Entwicklungspolitik könne, so Mohamoud, die 2007 verabschiedete strategische Partnerschaft zwischen der EU und Afrika fungieren. Jedoch konstatierte Mohamoud, dass seiner Einschätzung nach die Arbeit der Diaspora-Netzwerke oft negativ eingeschätzt werde und es deshalb an Unterstützung für Diaspora-Aktivitäten mangle „Diaspora can do things, but not



Awil Mohamoud

alone“. Bisher gebe es einen „missing link“ in der Zusammenarbeit von NGOs, Kommunen und Diaspora-Netzwerken und es sei Aufgabe der Forschung herauszufinden, unter welchen Voraussetzungen eine Kooperation besser gelingen könne. Speziell in Bezug auf das Thema Peacebuilding sprach sich Mohamoud dafür aus, dass Diaspora-Netzwerke am besten lokal handeln und sich mit lokalen NGOs in den Heimat- und Gastländern zusammenschließen sollten.

### Personal-Screening notwendig

Auf einen weiteren wichtigen Aspekt wies **Wolfgang Garatwa**, Seniorfachplaner im Kompetenzfeld Prävention, Sicherheit und Frieden in der Abteilung Sicherheit, Wiederaufbau und Frieden bei der GTZ hin. Bei einer Reihe von Konflikten wie in Sri Lanka handele es sich um Bürgerkriege, bei denen sich tiefe intranationale Gräben gebildet hätten. Auch in den verschiedenen Diaspora-Organisationen gäbe es bisweilen nicht-rechtstaatliche Strukturen, die einer Zusammenarbeit im Wege stünden und über die man aufklären müsse. Garatwa berichtete aus seiner Arbeit, dass ein Screening von Personal vor Ort notwendig,



Wolfgang Garatwa

wenn auch diffizil sei, um Konflikte bzw. negative Effekte zu vermeiden. Dies dürfte auch für die Zusammenarbeit mit der Diaspora gelten. Für den Fall Sri Lanka gelte es daher, eine möglichst allparteiliche Arbeit zu leisten. Um regional und lokal Fuß zu fassen, könnten Vertreter aus der Diaspora sehr wichtig sein.

Auch Garatwa sprach sich somit dafür aus, dass Diaspora-Aktivitäten vor allem lokal sinnvoll seien und es hier gute Möglichkeiten zur Kooperation gebe.

### Demokratische Rechte von Migrations-Netzwerken fördern

In seinen Ausführungen legte **Stefan Rother**, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arnold Bergstraesser-Institut für kulturwissenschaftliche Forschung, Freiburg, einen Schwerpunkt auf den Zusammenhang von Migration und Demokratisierung anhand der philippinischen

Diaspora in verschiedenen Destinationen wie Saudi-Arabien oder Hong Kong. Die Frage, welchen Einfluss die demokratische Konstitution des Ziellandes auf die Rückkehrer hat, sei ein Aspekt, der anders als die Auswirkungen von Rücküberweisungen bisher kaum untersucht worden sei. So seien in Hong Kong zwei eigene Gewerkschaften gegründet worden, die sich speziell für die Rechte der vor allem philippinischen Haushaltshilfen einsetzen. Weitere bemerkenswerte Phänomene seien die Kooperation indonesischer Migrations-Netzwerke mit der philippinischen Diaspora und die Gründung einer globalen Graswurzelorganisation im Jahre 2008,



Stefan Rother

der International Migrants Alliance. Für den Fall Hong Kong stellte Rother fest, dass die dort erlebte Demokratie durchaus Rückkopplungseffekte auf die Heimat habe. Hong Kong sei die Wiege der philippinischen Migrantenbewegung, befördert unter anderem durch die britische Rechtstradition sowie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Hieraus leitete Rother eine universale Forderung ab: Migrations-Netzwerken sollten demokratische Rechte im Zielland uneingeschränkt gewährt werden, anstatt lediglich abstrakt zu fordern, sie mögen sich für demokratische Prozesse in ihrem Heimatland einsetzen. Das ermögliche Migranten ein Engagement, selbst wenn - wie im Falle Hong Kongs - dieses nicht von offizieller Seite gezielt gefördert wird.

### Demokratie lernen

In der abschließenden Diskussion ergänzte Dr. **Awil Mohamoud**, dass es außerhalb Europas Peacebuilding-Trainings für Diaspora-Organisationen gebe, und wünschte sich derlei auch für den europäischen Kontext. **Christian Arndt** vom Berlin Chapter der Society for International Development (SID) regte an, dass Kommunen Foren anbieten, in denen sich Migranten austauschen können. Auf die Frage, wie Peacebuilding mit Diaspora-Gruppen, die unterschiedliche Zielsetzungen verfolgten und sich untereinander nicht wohlgesinnt seien, funktio-

nieren könne, mahnte **Rolf Graser**, die Anhänger bestimmter Gruppen nicht zu stigmatisieren oder ganze Gruppen auszuschließen. Menschen sollten in Gesprächen zusammengebracht werden, um „Demokratie zu lernen“. **Dr. Cindy Horst** führte hierzu an, dass Personen, die in der Zivilgesellschaft integriert seien und somit eine Vielzahl von Kontakten außerhalb ihrer eigenen Ethnie haben, häufig kompromissbereiter seien. Sie sprach sich dafür aus, Diaspora-Gruppen nur bei kleinen Projekten als Partner zu sehen, da auf nationaler Ebene auch negative Effekte eintreten könnten. Hier widersprach **Wolfgang Garatwa**, denn seiner Meinung nach funktionierten auch größere Projekttypen unter Einbezug der Zivilgesellschaft hervorragend.

### Lösungen in den Vordergrund stellen

Zur weiteren Diskussion um das Engagement von Kommunen und den Einbezug von Diaspora-Netzwerken stellte **Gibril Faal**, Vorsitzender der African Foundation for Development (AFFORD), London, Folgendes fest: Natürlich sei vielfältiges Engagement denkbar, auch von Kommunen und Diaspora-Netzwerken, ent-

scheidend sei jedoch, dass es in ihrem Handeln feste Prinzipien gebe, die für alle transparent seien. Zudem sollte der Fokus auf Lösungen und nicht auf Probleme gelegt werden. Alle, die an Lösungen arbeiten möchten, seien willkommen.

Mit Blick auf die Münchner Städtepartnerschaft mit Harare betonte **Renate Hechenberger**, dass die Städte auch in Konfliktsituationen Zugangsmöglichkeiten hätten, die andere nicht haben. Die Städte müssten in solchen Situationen allerdings vorsichtig und bewusst vorgehen. Prof. Dr. **Brigitte Fahrenhorst** fasste am Ende der Debatte die Ergebnisse des zweiten Teils zusammen und leitete hieraus eine wichtige, noch unbeantwortete Fragestellung ab: Wann können Kommunen guten Gewissens finanzielle oder materielle Unterstützung in einer Konfliktsituation leisten und wie kann gewährleistet werden, dass die Hilfe tatsächlich positive Ergebnisse erzielt? Fahrenhorst machte durch ihre Ausführungen deutlich, dass über das developmentspolitische Potenzial von Kommunen bislang zu wenig Wissen und auch ein Mangel an Erfahrungswerten existiere.



Plenum, Louise-Schroeder Saal, Berliner Rathaus

## Nationale und internationale Migrations- und Integrationspolitik Welche Rolle für Kommunen und ihre Migrationsbevölkerung?

*Der zweite Tag des Berliner Sommerdialogs 2010 begann mit einer Diskussion über die Stellung der Kommunen in der nationalen und internationalen Migrations- und Integrationspolitik und ihre spezifischen Möglichkeiten, die sich z.B. durch die Nähe zur Migrationsbevölkerung ergeben. Wie können sich transnational vernetzte Migranten-Selbstorganisationen in nationale Diskurse einbringen und welche Rolle spielt hierbei der städtische Bezugsrahmen? Welche politischen Rahmenbedingungen sind auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene hilfreich, damit Migranten-Netzwerke entwicklungspolitisch erfolgreich handeln können?*

Die Moderatorin des dritten Teils, Dr. **Uda Bastians-Osthaus** vom Deutschen Städtetag, Berlin, verwies in ihrer kurzen Einführung auf



Uda Bastians-Osthaus

die Situation, dass Integration zwar „vor Ort“ geschehe, also in den Kommunen, die Gesetzgebung aber meist auf nationaler und internationaler Ebene erfolge. Insofern lohne sich eine intensivere Betrachtung des lokalen Settings, um Genaueres über die Ressourcen von Städten zu erfahren.

### Zirkuläre Migration – etwas substantiell Neues?

In seinem Input setzte sich der Leiter des Büros für Interkulturelle Arbeit der Stadt Essen, Dr. **Helmuth Schweitzer**, mit der in Wissenschaft und Praxis vielgenannten zirkulären Migration auseinander. Schweitzer bezweifelte, dass hinter dem Konzept der zirkulären Migration etwas substantiell Neues stehe. Schließlich habe man die Idee einer Migration auf Zeit bereits vor einigen Jahrzehnten unter dem Namen „Rotationsprinzip“ im Rahmen der Gastarbeiteranwerbung versucht anzuwenden und dies habe schon damals nicht funktioniert. Angesichts der Verschuldung vieler Kommunen bezweifelte Schweitzer außerdem, dass hier Ressourcen vorhanden seien, um im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit eine gewichtige Rolle spielen zu können. Die Ressourcenarmut und der Strukturwandel in einer Stadt wie Essen ließen kaum Handlungsspielraum für Aktivitäten jenseits der Kernaufgaben. Trotz eines Schuldenbergs von 3 Mrd. Euro gebe es in Essen allerdings einen „Innovationstopf“ zum Ausbau

interkultureller Entwicklung – als freiwillige Leistung.

In der Zusammenarbeit mit Migranten-Selbstorganisationen machte Schweitzer Defizite aus, da diese von kommunalen Akteuren des Öfteren nicht als Partner ernst genommen würden. Andererseits sei die Zusammenarbeit mit Migranten-Selbstorganisationen oft mühsam, da diese nicht gut aufgestellt seien und – etwa in den Ausländerbeiräten – auch nicht immer eine positive Rolle spielten.

Bei der Besetzung von bezahlten Stellen in der Verwaltung würden Migranten meist nicht berücksichtigt. Schweitzer forderte deshalb einen Mentalitätswechsel im Umgang mit Zugewanderten. So sollten sich Ausländerbehörden interkulturell öffnen und



Helmuth Schweitzer

zu Integrationsbehörden werden. Verschiedenheit und unterschiedliche Fertigkeiten müssten gefördert werden, anstatt zu versuchen, die Menschen anzugleichen. Bislang hätten wir uns mental nicht auf die Perspektive einlassen wollen, dass Migranten eine Bereicherung sein können und möglicherweise mehr Kompetenzen haben als wir. Entsprechend stehe der „Schmelztiegel Ruhrpott“ nicht für gelungene Integration, sondern für Assimilation.

„People do not migrate to countries, they migrate to communities“

„People do not migrate to countries, they migrate to communities“

Dass Migranten nicht über Ländergrenzen, sondern innerhalb von Netzwerken und in Ge-

meinschaften hinein migrieren, stellte **Gibril Faal**, Vorsitzender der African Foundation for Development (AFFORD), London, zu Beginn seiner Rede fest. Auch wenn die gesetzliche Gestaltungskraft auf der nationalen Ebene angesiedelt sei, so obliege den Kommunen die Verwaltung der Migrationsströme und die Auseinandersetzung mit dem Thema Integration. Städte hätten, so Faal, zwei Möglichkeiten: Sie könnten darauf warten, dass es zu Schwierigkeiten kommt und dann auf diese reagieren, oder aber potenzialorientiert und vorausschauend mit dem Thema umgehen. Er forderte eine aktive städtische Migrations- und Integrationspolitik, die die positiven Effekte von Vielfalt als handlungsleitendes Prinzip anerkennt. Notwendig hierfür sei es, Migranten und ihre Organisationen nicht als Opfer oder Bittsteller oder gar als potenzielle Kriminelle zu sehen. Sie sollten vielmehr als aufrechte, steuerzahlende und produktive Bürger wahrgenommen werden. Entsprechend hätten Migranten die Pflicht und Verantwortlichkeit, das System, in dem sie freiwillig leben, zu verstehen und mitzugestalten.



Gibril Faal

### Migration führt auch zu Lose-lose-Situationen

**Tom de Bruyn**, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut für Arbeit und Gesellschaft (HIVA) an der Katholischen Universität Leuven, betonte, dass Migrations-Netzwerke auf vielerlei Ebenen Leistungen erbringen: Von der Etablierung einer ethnischen Ökonomie über ihre Rolle als Kommunikatoren zwischen den Ländern bis zur Förderung des Tourismus seien positive Effekte messbar. Allerdings warnte de Bruyn davor, grundsätzlich davon

auszugehen, dass es durch Migration zu großen positiven Effekten kommen müsse. Er verwies auf das Problem der erzwungenen Migration und auf die Schwierigkeit, dass sich die Lebensräume der einheimischen Bevölkerung durch Migration verändern, was nicht immer auf Zustimmung stößt. Hier könne



Tom de Bruyn

Migration auch zu Lose-lose-Situationen führen. Politik müsse deshalb auf eine „celebration of diversity“ abzielen.

Anhand der belgischen Region Flandern ging de Bruyn auf die städtische Dimension der Kooperation mit Migrations-Netzwerken ein und auf die Unsicherheit der städtischen Seite, mit wem sie zusammenarbeiten könne: Welche Kooperationspartner aus der Migranten-Community sollen ausgewählt werden und wie können Städte an sie herantreten? Sind sie wirklich ein Sprachrohr einer möglichst großen Anzahl von Migranten, oder wird in der Praxis der Dialog monopolisiert? Diese Fragestellungen seien häufig ein Hindernis auf dem Weg zu einer intensivierten Zusammenarbeit. Dementsprechend empfahl de Bruyn, dass Städte darauf warteten, bis es funktionierende Netzwerke innerhalb der Migranten-Communities gebe, um eine möglichst tragfähige und demokratisch legitimierte Zusammenarbeit anzustreben.

### Gegen ein Übermaß staatlicher Steuerung

In der folgenden Diskussion im Plenum wurde unter anderem darüber diskutiert, wo und wie Migranten-Communities engagiert sein sollten. Dr. **Lale Akgün**, Referatsleiterin im Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, vertrat die Ansicht, dass es an der Zeit sei, Migranten-Selbstorganisationen aus der „Situation des Exotischen“ herauszuholen. Es sei ein ganz normaler Vorgang, wenn sich einige Organisationen für ihre Heimatländer engagierten und andere ihren Fokus auf Aktivitäten im Zielland richteten; hier gebe es, so Akgün, keinen qualitativen Unterschied. In ihrer Wortmeldung warnte Dr. **Cindy Horst** davor, zu viel Ergebnisse von städtischen Aktivitäten zu erwarten: „There should be involvement of cities, but you should not expect too much.“ Hierfür erhielt Horst Zustimmung von Dr. **Uda Bastians-Osthaus**, die betonte, dass unter der Finanznot der Kommunen auch die Qualität der städtischen Arbeit leide. So komme es leider häufig vor, dass Menschen mit wichtigen interkulturellen Kompetenzen entlassen werden müssten. Für eine

größere Willkommenskultur sprach sich auch **Helmuth Schweitzer** aus, ein Baustein hierfür sei eben gerade eine interkulturelle Schulung der öffentlichen Verwaltung. Diskutiert wurde auch darüber, ob man die Gastarbeiteranwerbung mit heutigen Ansätzen zur zirkulären Migration, wie sie sich im Schäuble-Sarkozy-Papier finden, vergleichen könne. Prof. em. Dr. **Dietrich Thränhardt** von der Universität Münster forderte mehr Offenheit und Flexibilität in der Gestaltung zirkulärer Migration und warnte vor einem Übermaß an staatlicher Steuerung. Migranten wüssten im Grunde am besten, wo

sie ihre Chancen finden könnten, wenn man ihnen freie Hand lasse. In Bezug auf die finanziell mangelhafte Ausstattung der Kommunen gab Thränhardt zu bedenken, dass die Performance von Städten im Integrationsbereich ungeachtet der finanziellen Ausstattung stark variere, wie beispielsweise an voneinander abweichenden Einbürgerungszahlen zu sehen sei. Man könne daher festhalten, dass es innerhalb der teils widersprüchlichen nationalen Gesetzeslagen einen recht großen Gestaltungsraum für Gemeinden gebe, so Thränhardt.



Gibril Faal, Uda Bastians-Osthaus, Helmuth Schweitzer und Tom de Bruyn (v.l.n.r.)



## Wege zu einer strukturierten Zusammenarbeit mit Migrations-Netzwerken bei den internationalen Aktivitäten von Städten

Im letzten Teil des Berliner Sommerdialogs ging es um die Beteiligung von Migrations-Netzwerken bei der internationalen Ausrichtung von Städten, also darum, welche Rolle Migrantinnen und Migranten und ihre Netzwerke bei internationalen Städteverbindungen und -aktivitäten spielen können. Hierbei wurde auch die Rolle von sogenannten „resource persons“ in den Reihen der Diaspora und ihre internationalen Verbindungen und Erfahrungen beleuchtet, von denen städtische Verwaltungen beim Aufbau internationaler Verbindungen profitieren könnten.

Moderatorin des vierten Teils war **Annette Bähring**, Leiterin des Kompetenzfeldes Dezentralisierung, Regionalisierung, Kommunal- und Stadtentwicklung, Bereich „Planung und Entwicklung“ bei der GTZ. Sie erhoffte sich Informationen darüber, welche strukturellen Voraussetzungen notwendig sind, um Migrations-Netzwerke bei internationalen Aktivitäten als Partner zu integrieren.



Annette Bähring und Zeljko Sabo

möglicherweise institutionalisierten Kooperation mit städtischen Entscheidungsträgern: Zum einen bestehe ein legitimatorisches Defizit, da sogenannte *resource persons* nicht gewählt seien, und zum anderen sei die starre kommunale Verwaltungsstruktur meist nicht in der Lage, auf die sehr flexiblen, viel beschäftigten, aber auch misstrauischen Migranten adäquat zu reagieren, da es neben Ressourcen auch an interkultureller Kompetenz fehle.

### Integration und transnationales Engagement stehen in einem positiven Verhältnis zueinander

Prof. Dr. **Felicitas Hillmann** vom Fachbereich Stadt- und Migrationsforschung am Institut für Geographie der Universität Bremen ging in ihrem Inputvortrag auf die verschiedenen länderspezifischen Traditionen im Umgang mit Diaspora-Organisationen ein: In Deutschland gebe es im Gegensatz zu typischen Kolonialländern wie Großbritannien deutlich weniger Kontakte zu Entwicklungsländern. Generell sei es schwierig, transnationale Kontakte zu messen und so zu einer soliden Datengrundlage zu gelangen. Prinzipiell ließen die bisherigen Untersuchungsergebnisse die Aussage zu, dass je gebildeter und je besser integriert die Personen seien, umso transnationaler sei auch ihr Engagement. Hillman verwies auf zwei ungeklärte Schwierigkeiten auf dem Weg zu einer stetigen und



Felicitas Hillmann

gelangen. Prinzipiell ließen die bisherigen Untersuchungsergebnisse die Aussage zu, dass je gebildeter und je besser integriert die Personen seien, umso transnationaler sei auch ihr Engagement. Hillman verwies auf zwei ungeklärte Schwierigkeiten auf dem Weg zu einer stetigen und

### Diversität in den Institutionen erhöhen

Der Integrationsbeauftragte der Stadt Ludwigsburg, **Saliou Gueye**, berichtete in seinem Beitrag über die guten Erfahrungen, die man in Ludwigsburg mit der Zusammensetzung des Integrationsbeirats gemacht habe. Der Rat bestehe aus ausgewählten Fachleuten, die sich über verschiedene Themenfelder austauschten. Angesiedelt sei der Beirat im Fachbereich „Bürgerschaftliches Engagement“. Integration sei, so Gueye, auch eine Frage der Teilhabe, weshalb die interkulturelle Öffnung der Verwaltung ihm sehr am Herzen liege, beispielsweise auch bei der Einstellung von Auszubildenden. Migranten sollten immer als Experten in städtische Planungen miteinbezogen werden, dies geschehe in Ludwigsburg beispielsweise bei der Ausrichtung von gut frequentierten Festen. Beim Aktionstag „Afrika hilft Afrika“ in Ludwigsburg werde u.a. gemeinsam mit der französischen Partnerstadt Montbéliard Geld für Projekte in Burkina Faso gesammelt. Zu der Veranstaltung würden Experten mit afrikanischem Hinter-



Saliou Gueye

grund eingeladen, damit nicht „Müller oder Mayer“ sagen, was für Afrika das Richtige sei. Gueye rief die Menschen mit Migrationshintergrund außerdem dazu auf, sich politisch zu engagieren, denn Diversität müsse noch stärker als heute auch in den Institutionen spürbar werden.

Auch **Tayfun Keltek**, Vorsitzender des Landesintegrationsrates Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, unterstützte die Aufforderung an die Menschen mit Migrationshintergrund sich zu organisieren und konnte aus seiner Arbeit von vielen positiven Beispielen berichten, die ein Engagement nach sich gezogen haben. So sei in Kooperation mit dem dortigen Integrationsrat die Zahl der Auszubildenden mit Migrationshintergrund in Köln in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Keltek bedauerte, dass das deutsche Schulsystem nach wie vor so gut wie keine Rücksicht auf die mittlerweile sehr vielfältige Schülerschaft nehme und nicht bei den vorhandenen Kompetenzen der Kinder ansetze. Er erklärte, dass sich der Landesintegrationsrat auch weiterhin für Einbürgerung und interkulturelle Öffnung einsetzen werde. Erstere sei besonders wichtig für die gesellschaftliche Beteiligung. Migranten sollten sich, so Keltek, auch in den deutschen Parteien organisieren. Bezüglich der Idee eines zusätzlichen Engagements von Migrations-Netzwerken in ihren Heimatländern zeigte sich Keltek jedoch reserviert, da sie seiner Meinung nach zumindest teilweise mit der steten Aufforderung an die Mitglieder, sich um die Zukunft und Integration ihrer Kinder in der deutschen Gesellschaft zu bemühen, kollidiere. Allerdings wusste Keltek auch positive Beispiele zu nennen, bei denen jenes Engagement im Rahmen türkischer Vereine, die ihr Heimatdorf unterstützen, zur dortigen Verbesserung der Lebenssituation geführt habe. Trotzdem, so insistierte Keltek, solle das Hauptaugenmerk



Tayfun Keltek

der hier lebenden Migranten auf die deutsche Gesellschaft gerichtet sein.

### Reichtum an Nationalitäten als Chance für Vukovar

Die Versöhnung der ethnischen Gruppen sah der ebenfalls auf dem Podium vertretene Bürgermeister der Stadt Vukovar, **Željko Sabo**, als eine seiner Hauptaufgaben an. Sabo skizzierte die wechselhafte Geschichte seiner Stadt und kam trotz aller auch gewaltsamen Auseinandersetzungen immer wieder darauf zurück, den Wert von Vielfalt und Verständigung zu betonen. Es solle keine Rache geben, sondern vielmehr müsse erkannt werden, dass sich der Reichtum an Nationen in der Stadt Vukovar auch positiv auf ihre Außenwirkung auswirke: Aus kulturellem Zusammenhalt werde wirtschaftliche Stärke, wie sich beispielsweise durch Wiederansiedlung einer renommierten Fabrik gezeigt habe. Auch die Diaspora-Migranten hätten, so Sabo, in der Phase des Wiederaufbaus eine Menge Unterstützung geleistet. Die völkerrechtliche Anerkennung Kroatiens sei nicht zuletzt auf das Engagement der Diaspora zurückzuführen. Die politische Einbindung von Kroaten im Ausland bewertete Sabo allerdings kritisch, da damit Menschen über die Zukunft Kroatiens mitentschieden, die in einem anderen Land lebten. Am Ende seiner Ausführungen überreichte Sabo den Veranstaltern eine Vučedol-Taube, eine Art Friedenstaube mit langer Tradition in Vukovar.



Željko Sabo

### Engagement über die Gemeinderäte

In der abschließenden Plenumsdiskussion schlug **Renate Hechenberger** vor, Flüchtlinge künftig gezielt in solchen Städten unterzubringen, die einen bestimmten Bezug zum Heimatland hätten. Dr. **Lale Akgün** und Dr. **Helmuth Schweitzer** verwiesen darauf, dass man bei der politischen Beteiligung von Migranten künftig nach neuen Wegen suchen müsse. Die Zeit der türkisch besetzten Ausländerbeiräte sei vorbei.

Stattdessen sollten sich Migranten verstärkt in Gemeinderäten engagieren. **Tayfun Keltek** zeigte sich demgegenüber offen, betonte aber zugleich, dass die neue Konstitution der Landesintegrationsräte, die sich zu einem Drittel aus Ratsmitgliedern zusammensetzten, bereits ein großer Fortschritt sei. Prof. Dr. **Felicitas Hillmann** verwies auf die Schwierigkeiten, ein sehr britisch geprägtes Konzept wie den Transnationalismus auf die Situation anderer Länder übertragen zu wollen. Bezüglich der immer wieder aufgetauchten Forderung nach

einem hohen Engagement der Migranten erinnerte **Saliou Gueye** daran, dass eine Reihe von Lebenslagen, in der sich Migranten befänden, ein Engagement erschwerten oder gar unmöglich machten, auch dies gelte es zu bedenken. Zudem hätten Jugendliche oft die falschen Vorbilder – den Türsteher von nebenan statt Cem Özdemir. **Željko Sabo** drückte am Ende der Diskussion seine Erkenntnis aus seiner bisherigen politischen Arbeit wie folgt aus: Der größte Reichtum einer Stadt sei ihre Vielfalt, so der Bürgermeister von Vukovar.



Saliou Gueye, Felicitas Hillmann, Annette Bähring, Željko Sabo und Tayfun Keltek (v.l.n.r.)

## Resumée und Politischer Ausblick

Prof. em. Dr. **Dietrich Thränhardt** von der Universität Münster fasste am Ende des Berliner Sommerdialogs 2010 die Tagungsergebnisse zusammen und zog im Hinblick auf die erst in Gang geratene Verbindung von Migrations- und Entwicklungspolitik ein Zwischenfazit zum Status Quo der Debatte. Deutlich sei geworden, so Thränhardt, dass es bisher ein Verknüpfungsdefizit zwischen Migrationspolitik und Entwicklungszusammenarbeit gebe, auf einigen gesicherten Erkenntnissen ließe sich aber aufbauen:

1. Gut integrierte Migranten seien am besten in der Lage, Hilfe auch nach außen zur Verfü-

gung zu stellen, das zeige sich etwa bei dem wachsenden Engagement von Türken aus Deutschland für die Türkei.

2. Eine wichtige Rolle spiele die wirtschaftliche Dynamik einer Stadt, denn Migration erfolge normalerweise in die Wachstumsregionen und gebe diesen weiteren Auftrieb. Leider gebe es momentan in Deutschland eine Situation, in der mehr Rückwanderung als Einwanderung erfolge.
3. Menschen, die migrieren, seien nicht die „Ärmsten der Armen“, ihr Wille zur Integration sei meist ein freiwilliger Akt.

Darauf aufbauend nahm Thränhardt eine Stärken-/Schwächenanalyse der momentanen Situation unter besonderer Berücksichtigung der städtischen Integrationsdimension vor. Im internationalen Vergleich existierten in Deutschland deutlich weniger Segregationstendenzen. Auch die Schaffung von guter Lebensqualität, eine der Hauptaufgaben von Städten, sei in Deutschland auf einem hohen Niveau. Dies sei zwar teuer, habe aber auch eine Reihe positiver Effekte. Leider gebe es, wie auch in den Diskussionen bemerkt worden sei, Probleme im Schulbereich durch eine frühe Selektion, dies liege jedoch in der Verantwortlichkeit der Länder.

Im Bereich der identikativen in Abgrenzung zur funktionalen Integration machte Thränhardt Defizite aus und betonte, dass Städte hier viel erreichen könnten, wenn sie für ein offenes Klima sorgten. Außerdem rief Thränhardt dazu auf, das Engagement von Migranten-Selbstorganisationen nicht wie bisher mit gewissen Stigmata zu behaften, schließlich sei eine Interessenartikulation in einer pluralistischen Gesellschaft legitim und notwendig. Weitere Schwächen verortete Thränhardt in einer „Kultur der Verslossenheit“, die mit einem Integrationspessimismus einhergehe, der dem guten Abschneiden Deutschlands bei mehreren Integrationsindikatoren und der gesellschaftlichen Normalität nicht gerecht werde.



Dietrich Thränhardt

Nach Ansicht von Thränhardt sei es keine primäre Aufgabe von Kommunen, eigene Entwicklungshilfe zu betreiben, sie könnten aber sinnvoll als Facilitator bei der Herstellung von Verbindungen agieren. In Bezug auf die Entwicklungszusammenarbeit forderte Thränhardt zudem dazu auf, sich von der überholten Denkfigur zu verabschieden, in der der Westen Hilfen verteile und die Entwicklungsländer diese annehmen – die Einbindung von leistungsfähigen Migrations-Netzwerken könne auch hier zu einer notwendigen Modernisierung führen.

In ihren Schlussworten dankte Dr. **Michèle Roth**, Geschäftsführerin der Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF), allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihre Diskussionsbereitschaft. Sie äußerte die Hoffnung, dass diese abschließende Veranstaltung der SEF-Projektreihe „Migration, Entwicklung und Urbanisierung“ einen Beitrag dazu geleistet habe, den erst begonnenen Dialog zwischen Akteuren der Migrationspolitik, der Entwicklungszusammenarbeit und den Kommunen zum gegenseitigen Nutzen zu intensivieren.

## Konferenzbericht zum Berliner Sommerdialog 2010

Veranstaltet von der Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) und der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ).

Autor: Kai Leptien  
Redaktion: Dr. Michèle Roth und Bentje Woitschach  
Layout: Gerhard Süß-Jung



# gtz

In Kooperation mit:

Beirat "Entwicklungszusammenarbeit" bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen, Berlin

Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen, Berlin

Deutscher Städtetag, Berlin/Köln

Society for International Development (SID), Berlin Chapter

Gefördert durch:

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen, Berlin

Bonn, November 2010